

Wolfgang Schäuble:

Schröders Wahlbetrug

Nach dem bisher bekanntgewordenen Stand der Koalitionsberatungen zu Rente, Gesundheit, Haushalt und Steuern zeichnet sich ein gigantischer Wahlbetrug ab.

Rente und Gesundheit: Vor der Wahl hat die SPD wahrheitswidrig gegen angebliche Rentenkürzungen und eine maßvolle Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung polemisiert. Jetzt wird eine tatsächliche und dazu auch noch völlig **willkürliche Rentenkürzung** beschlossen zu dem einen Zweck, **selbstgeschaffene Haushaltslöcher** zu schließen. Die Argumentation gegenüber den Rentnern ist außerdem verlogen, da sie nicht nur die Abweichung von der Nettoformel schlucken müssen, sondern über drastisch steigende Ökosteuern auch noch zusätzlich zur Kasse gebeten werden. Die von Riester geplante Zwangsabgabe zur privaten Vorsorge, die in Wahrheit eine Beitragserhöhung ist, ist nicht vom Tisch, sondern nur zurückgestellt.

Die sogenannte **Gesundheitsreform** ist die Geburtsstunde eines **bürokratischen Monsters**, das allein wegen der zusätzlichen Verwaltungskosten zwangsläufig durch Beitragserhöhungen ernährt werden muß. Für die Versicherten führen die Pläne zur **Rationierung von Gesundheitsleistungen**.

Haushalt: Die sogenannte Sparaktion des Finanzministers ist ein gewaltiges **Täuschungsmanöver**.

► Die Sparoperation dient vorrangig dazu, die nach der Wahl im **Ausgabenrausch** selbstgeschaffenen



**KULTURSTAAT DEUTSCHLAND
VERFASSUNGSAUFRAG
IM ALLTAG**

**EINLADUNG ZUM
ZUKUNFTSFORUM
KULTURPOLITIK**

**FREITAG, 2. JULI 1999
KONGRESSZENTRUM
WEIMAR**

CDU
mitten im Leben, mitten in Europa.

Wolfgang Schäuble und Angela Merkel laden ein. Zwei Foren diskutieren über Kultur als „freiwillige“ öffentliche Aufgabe und Kulturpolitik in der Informationsgesellschaft.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Löcher zu stopfen. Das Einsparvolumen von 30 Milliarden entspricht exakt dem Anstieg der Ausgaben im Haushalt 1999. Die Operation ist nichts anderes als das **Einsammeln der Wahlgeschenke**.

- ▶ Es handelt sich nicht um strukturelle Sparmaßnahmen, sondern um einen riesigen **Verschiebepark** zwischen den verschiedenen Systemen.
- ▶ Echte Einschnitte werden ausgerechnet dort vorgenommen, wo man sie vermeiden müßte, nämlich bei den Investitionen.

Vorrang vor allem anderen müßten Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung haben. Eichels Sparpaket bewirkt das Gegenteil.

Steuerreform: Insbesondere die bislang bekanntgewordenen Vorschläge zur Steuerreform erfüllen diesen zentralen Anspruch, nämlich Wachstum und Beschäftigung zu fördern, in keiner Weise. Eine deutliche **Nettoentlastung für alle ist nicht vorgesehen**. Die Unternehmensteuerreform ist allenfalls halberzig.

Diskreditierung von Reformen: Die Folge dieser falschen und fatalen Politik ist eine wachsende Verunsicherung und Verärgerung der Menschen und insbesondere bei in- und ausländischen Investoren. Der Dilettantismus der Regierung führt dazu, daß echte Strukturformen, die nach wie vor dringend erforderlich sind, diskreditiert und damit in Zukunft noch schwerer werden. Die größte Gefahr dieser Politik liegt in einer langfristigen Reformverweigerung der Deutschen.

HEUTE AKTUELL

● Wahlergebnisse

Hans-Peter Repnik: Die Union ist wieder da - Schröder ist orientierungslos. Seite 3

● Kommentare

Die Bürgerinnen und Bürger fassen sich an den Kopf - Die Geduld der Mehrheit ist restlos erschöpft - Die Explosion ist nur noch eine Frage der Zeit. Seite 4/5

● Bundestag

Wolfgang Schäuble: Sie sind Gefangene Ihrer nicht erfüllbaren Wahlversprechen. Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag am 16. Juni. Seite 6/7

● Kommunalwahlen

Peter Götz: Das Ergebnis ist ein „Schröder-Test“. Seite 8

● Wohnungsbau

Hannelore Rönch: Größter Bruch von Wahlversprechen. Seite 9

● Rentenpläne

Generalsekretärin Angela Merkel: Rentenzahlung nach Kassenlage. Schröder-Regierung hat ihr Versprechen nicht gehalten. Seite 10

● Bundesverkehrswegeplan

Dirk Fischer und Renate Blank: Verschleierungstaktik. Seite 12

● Fachausschüsse

Neukonstituierung der Bundesfachausschüsse Europapolitik und Entwicklungspolitik. Seite 14

● Bundeswehr

Norbert Geis und Wolfgang Götz: Vor Verunglimpfung schützen. Seite 15

● Projekt Südwind

Baden-Württemberg: Vom Süden weht der Zukunftswind. Seite 18

● Senioren-Union

Fünf Argumente gegen rot-grüne Politik. Seite 20

● Beratung

Der Verbleib der Bischöfe in der Beratung ist zu begrüßen. Nun sind die Länder gefordert. Seite 21

● CDA

Der Mensch im Mittelpunkt - Zukunft durch Beteiligung. Bundestagung in Lübeck. Seite 22

● Rainer Barzel

Ein Patriot, auf dessen Wort man sich immer hat verlassen können. Empfang im Konrad-Adenauer-Haus am 21. Juni aus Anlaß seines 75. Geburtstags. Seite 24

● Uid Extra

„Steuern.21“ - Leitlinien für eine erfolgreiche Steuerpolitik. Vorgestellt von Friedrich Merz. Innenteil

Die Union ist wieder da – Schröder ist orientierungslos

Die Union ist wieder da, sie ist die stärkste politische Kraft. Neben dem überragenden Wahlergebnis zum Europaparlament – dem ersten bundesweiten Bürgervotum seit der Bundestagswahl – hat die Union auch in vielen Kommunen und Städten die Mehrheit gewonnen, die seit vielen Jahren fest in sozialdemokratischer Hand waren. Nach dem unrühmlichen Abgang Lafontaines tut es einfach gut zu wissen, daß in Saarbrücken zukünftig die CDU wieder den Ton angibt.

Diese Woche wird aber aus einem anderen Grund den Wählern und Wählerinnen in unserem Lande noch lange in Erinnerung bleiben: Schröders rot-grüne Chaos-Combo ist im Begriff, einen gigantischen Wahlbeitrag zu begeben. Noch vor neun Monaten warfen uns SPD und Grüne im Bundestagswahlkampf soziale Kälte vor, weil wir den Rentenanstieg um einen „demographischen Faktor“ bereinigt haben. Der Vorwurf Schröders, dies sei „unanständig“ und deshalb werde er die alte Rentenregelung wieder einführen, klingt heute noch vielen in den Ohren. Dieses Versprechen hat noch nicht mal ein Dreivierteljahr gehalten. Stattdessen plant Schröder jetzt Rente nach Kassenlage. Rot-Grün steht vor dem Einstieg in den Ausstieg aus unserem bewährten Rentenversicherungssystem, das Rente als Lohn für Lebensleistung garantiert.

In den Jahren 2000 und 2001 soll Rentnern nur noch ein Inflationsausgleich von 0,7 % gezahlt werden. Sie werden von Nettolohnsteigerungen nicht mehr wie bisher profitieren. Hinzu kommt: die Einführung eines Zwangsbeitrags zum Aufbau einer privaten Rente. Die Belastung

der Bürger durch die Abgaben zur Alterssicherung wird also keineswegs gesenkt, wie von Riester angekündigt. Anstatt ein tragfähiges Rentenkonzept vorzulegen, wird die Rentenanpassungsformel verbogen, wohlerworbene Anwartschaften werden gekürzt. Schröder will den einfachen Leuten den Gegenwert ihrer lebenslangen Sparleistungen vorenthalten. Das ist allerdings unanständig!

Von Hans-Peter Replik

Unsere Bevölkerung ist in Sorge. Die Wirtschaft stagniert, die Arbeitslosigkeit nimmt nicht ab, sondern – saisonbereinigt – sogar zu. Der Euro wird schwächer. Der „Economist“ wirft der Bundesregierung unter der Überschrift „Deutschland im Stillstand“ vor, die unumgänglichen Strukturreformen viel zu langsam anzugehen.

Die Menschen spüren zunehmend, daß sie verschaukelt werden. Schrittweise werden Rentner, Familien, Lebensversicherte und Arbeitslose auf den 30. Juni eingestimmt, wenn Eichel seine Sparlisten der Öffentlichkeit vorstellt. Zu oft schon hat Schröder Versprechungen gemacht, die er anschließend kassiert hat. Schröder kann sich nicht mehr wie am Anfang seiner Kanzlerschaft mit handwerklichen Fehlern rausreden, weil er zu vieles zu schnell gewollt habe. Es gibt keinen Lafontaine mehr, der an allem Schuld gewesen sein soll, der Kosovo-Krieg kann auch nicht mehr als Ablenkung herhalten. Die renommierte New York Times jedenfalls hat ihr Urteil über diesen Kanzler schon gefällt: Schröder ist orientierungslos. ■

Die Bürgerinnen und Bürger fassen sich an den Kopf

„Wir haben verstanden“, erklärte Bundeskanzler Gerhard Schröder am Abend der Europawahl vollmundig. Inzwischen fragt sich der Bürger nur, was Schröder verstanden hat. Denn die Regierung beweist dem staunenden Publikum fast täglich, daß sie selbst das Chaos um die 630-Mark-Jobs und die Scheinselbständigkeit mit Riesters Rentendakel, Eichels Sparliste und Trittins Atom-Ausstieg noch übertreffen kann.

So sieht es die Presse:

Die Konsequenzen sind unübersehbar

Noch sind nicht alle Einzelheiten aus Eichels Sparliste bekannt. Sicher ist aber schon eins: Rot-Grün wird bis aufs Mark getroffen, dafür sorgen die zur Tradition gewordenen handwerklichen Fehlleistungen und nicht zu Ende gedachten Eingriffe. Die Zeit der Nachbesserungen steht beim Sparpaket erst noch bevor. Denn vieles von dem, was Schmalhans Eichel in den Ressorts eingesammelt hat, dürfte sich zu einem 30-Milliarden-Mißverständnis summieren.

Die Kürzungen der Beiträge des Bundes für die Langzeitarbeitslosen macht beispielsweise nicht nur die Ärmsten der Armen noch ärmer, sondern reißt auch neue Löcher in die Sozialkassen. Die Streichung des Sterbegelds bei den Krankenkassen ist schon eine der notwendigen Pannenhilfen. Die Konsequenzen der Streichungen bei den Zivildienstleistenden, in den neuen Ländern und bei den Bauern sind ebenfalls

noch unübersehbar. Und die Konsequenzen für Rot-Grün erst recht.

Frankfurter Rundschau

Grund zur Abwahl

Aus der niedersächsischen SPD wird Kritik an der Bonner Regierungsarbeit laut. „Es ist immer von Nachbesserung die Rede. Die Menschen wollen aber, daß vorher nachgedacht und dann gradlinig durchgeführt wird“, sagte der hannoversche Bezirksvorsitzende Wolfgang Jüttner beim Bezirksparteitag in Bad Nenndorf. Die Bundesregierung habe „einiges anders, aber nicht alles besser gemacht“ als die Vorgängerregierung Kohl. Vor allem handwerkliche Fehler seien aufgefallen. „Mangelnde Professionalität ist heute ein Grund zur Abwahl“, fügte Jüttner hinzu. Die Leitlinie der Bundesregierung dürfe heute nicht „Weiter so!“ lauten. Gleichzeitig sei jedoch „mit der neuen Mitte allein auch kein Blumentopf zu gewinnen“, sagt Jüttner.

Hannoversche Allgemeine Zeitung

Die Geduld der Mehrheit ist restlos erschöpft

Die Wirkung dieses chaotischen Politik-Managements ist fatal: Die Bürger werden verunsichert, und die Wirtschaft hält sich angesichts der Bonner Wirren mit Investitionsentscheidungen zurück. Dabei stehen der Regierung noch gewaltige Entscheidungen bevor: neben der Reform der Altersversorgung müssen der Familienlastenausgleich und das Steuersystem auf eine neue Grundlage gestellt werden. Wenn Schröder jetzt nicht den Mut findet, seine Modernisierungspolitik mit fester Hand durchzusetzen, leitet er selbst den Anfang

vom Ende der rot-grünen Bundesregierung ein. Die Geduld der Mehrheit, die Schröder vor einem halben Jahr noch einen Vertrauensvorschuß gab, ist restlos erschöpft.

Handelsblatt

Nach wie vor fehlt der Kompaß

Staatsbürgerschaft, 630-Mark-Jobs, Scheinselbstständigkeit, Ökosteuern, Rente, Sozialabbau – noch stets, da hat der „Spiegel“ einfach recht, ‚verdichteten sich handwerkliche Fehler, stümperhafte Kommunikation und des Kanzlers Desinteresse an Details zu einem großen Durcheinander.‘ Nicht alles ist schlecht, was die Regierung so veranstaltet, aber sie läßt beinahe alles schlecht aussehen. Nach wie vor fehlt ihr das Wichtigste: der Kompaß. Die Einschläge kommen näher, es drohen Kollateralschäden.

Rheinische Post

Der Weg ins Nirgendwo

Die SPD ist dabei, ins Loch zu fallen: Alte Stammwähler wenden sich ab, und die neue Mitte greift nicht zu. Die SPD legt sich zu einseitig fest. Sie geht daran, eine Politik für eine Gesellschaft zu betreiben, die aus lauter Kleinkapitalisten und Shareholder-Value-Profitoren besteht. Eine solche Gesellschaft gibt es nicht – und es wird sie in absehbarer Zeit nicht geben. Man erinnert sich an das Lied des Wiener Kabarettisten Gerhard Bronner vom halbstarken Motorradfahrer: ‚Ich hab zwar ka Ahnung, wo i hinfahr, aber dafür bin i geschwinder dort.‘ Das aber ist nicht der dritte Weg, sondern der Weg ins Nirgendwo.

Süddeutsche Zeitung

Der Fisch stinkt vom Kopf her

Gerhard Schröder steht vor einem Scherbenhaufen. Nach nur neun Monaten Amtszeit liegt im Regierungslager kaum ein Stein mehr auf dem anderen. Die wichtig-

sten politischen Vorhaben wurden vergeißt. Das Koalitionsklima ist vergifteter als in den Endtagen Kohls. Und der Kanzler? Der hat es zwar alldieweil verstanden, den Verdacht der Inkompetenz auf andere zu lenken. Aber je mehr seine Politik im zähen Schlick des handwerklichen Unvermögens steckenbleibt, desto deutlicher fällt das Licht auf ihn. Sein Desinteresse an Detailfragen am Kabinetttisch ist inzwischen schon sprichwörtlich. Auch wenn die heutigen Krisenrunden versucht werden, alles zu kaschieren: In dieser Regierung stinkt der Fisch vom Kopfe her.

Die Welt

Die Explosion ist nur noch eine Frage der Zeit

Die Bonner Regierungskoalition bietet wieder einmal ein klägliches Bild. Schlimmer noch: die Koalitionsfraktionen werfen sich gegenseitig vor, sie seien unfähig, irgend etwas zu regeln. Sie arbeiten aneinander vorbei und häufig auch gegeneinander. Die Nervosität ist groß. Die Hoffnung schwindet, nach der verlorenen Europawahl mit einem ausgewogenen Spar- und Steuerpaket das Ruder herumreißen zu können. Der Druck im Kessel der Regierungskoalition aber steigt mit jeder Auseinandersetzung. Wann er explodiert, scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Stuttgarter Zeitung

Torschlußpanik

Nichts haben sie verstanden. Sonst würden die Bonner Koalitionäre nicht in diese Form der Torschlußpanik verfallen. Sachzwänge, Zeitdruck, Indiskretionen, Mißverständnisse, Animositäten und mangelnde Koordination verdichten sich zum Chaos. Im Vergleich zur Koalition ist die „love parade“ ein wohlorganisierter preußischer Marsch.

Neue Rhein Zeitung

Wolfgang Schäuble:

Sie sind Gefangene Ihrer nicht erfüllbaren Wahlversprechen

Es ist wichtig, daß wir diese Debatte dazu nutzen, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger immer wieder darauf hinzuweisen, den Prozeß der Globalisierung – dies ist ein schreckliches Wort; es beschreibt die Tatsache, daß wir viel stärker und viel unmittelbarer von Entwicklungen in allen Teilen der Welt berührt werden, sie aber auch beeinflussen, und daß Grenzen weniger trennen und Entfernungen schrumpfen – nicht als eine Bedrohung, sondern als eine Chance und Herausforderung zugleich für Deutschland und für Europa zu verstehen.

Die Globalisierung darf nicht dazu führen und darf von niemandem dazu mißbraucht werden, daß die grundlegenden Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft – dies sind neben wirtschaftlicher Effizienz sozialer Ausgleich und Gerechtigkeit, Chancengerechtigkeit und Vorsorge für die Schwächeren – verlorengehen. Manche meinen nämlich, sie könnten die Globalisierung nutzen, um sich aus ihrer sozialen Verantwortung davon zu schleichen.

Der wichtigste und konkreteste Beitrag, um unsere Vorstellungen von wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Gerechtigkeit in dieser Welt zu verwirklichen, ist, Fortschritte in der europäischen Integration zu erreichen. Auch dieser Punkt muß im Kontext der Globalisierung gesagt werden.

Im übrigen darf die Globalisierung – ebenso wie die europäische Entwicklung oder das Kosovo – nicht zur Ausrede oder zum Fluchtweg für die innen-, wirtschafts- und

sozialpolitischen Probleme in diesem Lande werden.

Die Schwäche im Wechselkurs der europäischen Währung ist ein Symptom dafür, daß die Mängel in der deutschen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der zurückliegenden acht Monate Europa insgesamt schwächen.

Der „Economist“ hat in der vergangenen Woche geschrieben: „**The sick man of the Euro**“. – Er hat die deutsche Regierung gemeint, die schlechte Politik der Bundesrepublik Deutschland. Wir stehen

Aus der Debatte des Bundestages zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers „Globalisierung gemeinsam gestalten“ am 16. Juni

beim Wachstum im Vergleich zu allen anderen europäischen Ländern am Ende der Tabelle. Das ist die entscheidende Ursache dafür, daß der Euro auf den Finanzmärkten der Welt schwächer eingeschätzt wird, als wir es alle miteinander wünschen.

Wenn wir uns die Entwicklung am Arbeitsmarkt anschauen, so ist festzustellen: Natürlich muß man weltweit für mehr Beschäftigung sorgen, auch in Europa. Aber wir müssen vor allem auch für mehr Beschäftigung in Deutschland sorgen.

Im übrigen fällt mir bei Trittin eines ein – das ist merkwürdig bei Ihrer Regierung –: Sie reden zur Zeit furchtbar viel von Globa-

lisierung, von europäischen Lösungsansätzen und so weiter, und zwar immer in den Bereichen, in denen Sie national versagen. Aber dort, wo europäisches Handeln geboten wäre, zum Beispiel in der Energiepolitik, machen Sie nationale Alleingänge und zerstören jede Zusammenarbeit in Europa.

Eine Energiepolitik, die globalen Maßstäben und Herausforderungen gerecht werden will, muß global gedacht werden. Die friedliche Nutzung der Kernenergie wird weltweit nicht sicherer, wenn Deutschland nach der Methode von Trittin im nationalen Alleingang aussteigt. Sie können Energiebesteuerung in Europa nicht sinnvoll betreiben, wenn Sie nationale Alleingänge machen, sondern Sie müssen sie europäisch koordinieren. Da hat Ihre Präsidentschaft in diesem Halbjahr übrigens kläglich versagt.

Das eigentliche Dilemma ist: Sie haben den Menschen vor der Wahl versprochen – das war der Grund, warum Sie gewählt worden sind, und wir haben kein richtiges Gegenmittel gefunden –, daß man die Modernisierung, die notwendig ist – dafür stehen Sie jetzt auch, das ist Ihr Image, und das betonen auch wir immer –, ohne Anstrengung schaffen kann, daß es ein bißchen weniger kostet und ein bißchen bequemer, leichter, einfacher, „easy going“ ist. So war die Botschaft der Modernisierung. Nun sind Sie gewählt worden, und jetzt ist alles, was Sie versprochen haben, ins Gegenteil verkehrt, und Sie sind der Gefangene Ihrer eigenen, nicht erfüllbaren Wahlversprechen.

Jede Regierung läuft Gefahr, daß sie, weil Entscheidungen immer schwierig sind, im Laufe einer langen Regierungszeit das Vertrauen der Menschen manchmal ein Stück weit verliert. Aber in so kurzer Zeit hat noch niemals eine Regierung so grau-

sam das ihr gewährte Vertrauen verspielt und verloren, wie Sie das in diesen wenigen Wochen gemacht haben.

Mehr Arbeitslosigkeit, weniger Wachstum, höhere Benzin- und Strompreise, Hunderttausende von Jobs für kleine Leute durch die Regelungen der 630-Mark-Jobs und der Scheinselbständigkeit weggefallen – das ist eine Politik gegen die kleinen Leute.

Herr Bundeskanzler Schröder, man konnte es heute spüren, und man kann fast Mitleid mit Ihnen haben, obwohl Sie eigentlich ungeeignet sind, solche Gefühle allzu stark auszulösen. Ich gebe Ihnen den Rat: Seien Sie vorsichtig. Sie sind gewählt worden. Sie sind von Ihrer Partei auf den Schild gehoben worden wegen der Fähigkeit, Wahlen zu gewinnen. Das war der einzige Grund, warum Ihre Partei Sie auf den Schild gehoben hat. Im Augenblick ist diese Fähigkeit beeinträchtigt. Sie stehen da wie der Kaiser in seinen neuen Kleidern, und wenn man genau hinschaut, sind sie nicht mehr da.

Nach dem Ergebnis des vergangenen Sonntags, das nicht Anlaß für uns zu großen Triumphen, aber Bestätigung unserer Arbeit ist, sage ich in aller Ruhe: Wir stellen uns auf allen Ebenen – in der Kommunal- und der Länderpolitik sowie im Deutschen Bundestag – dem Wettbewerb. Wir stellen uns ebenso unserer Verantwortung.

Ich weiß, und Sie erfahren es in dieser Zeit: Der Widerstand gegen Veränderungen ist in unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit ungeheuer groß. Aber Innovationen bleiben um unserer Zukunft willen notwendig. Deswegen muß man es richtig machen, dann gewinnt man auch die Bevölkerung dafür. Sie haben dabei schwere Fehler gemacht. ■

Das Ergebnis ist ein „Schröder-Test“

Als „Ermutigung und Ansporn“ für die weiteren Landtags- und Kommunalwahlen des Jahres 1999 hat der Bundesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) von CDU und CSU und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz, das Ergebnis der Kommunalwahlen in sechs Bundesländern vom 13. Juni gewertet.

Die Zuwächse von 5,4 Prozent (Thüringen) bis 9,3 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern) seien fast „höher zu werten“ als der gleichzeitige Erfolg bei den Europawahlen, da es bei den Kreistags-, Stadt- und Gemeinderatswahlen einen hohen Anteil von freien Wählervereinigungen – vor allem aus dem nicht-sozialdemokratischen Potential – gegeben habe. Zudem sei die Wahlbeteiligung in allen Bundesländern mit gleichzeitiger Kommunalwahl weit über dem Bundesdurchschnitt gewesen – am besten in Rheinland-Pfalz mit 62,8 Prozent.

Die KPV habe vor den Wahlen in ihren Aufrufen ausdrücklich von einem „Schröder-Test“ gesprochen. Götz: „Diesen Test hat Schröder vor allem in den Großstädten nicht bestanden.“ Die erstmaligen CDU-Mehrheiten in Städten wie Leipzig, Chemnitz, Schwerin, Ludwigshafen, Kaiserslautern oder Saarbrücken seien als „historischer Durchbruch“ zu werten.

Götz forderte die Bundes-CDU auf, ehrenamtliches kommunalpolitisches Engagement noch mehr als bisher zu fördern.

„Bürgernahe Kommunalpolitik vor Ort schafft mehr Vertrauen als jeder Wettlauf um vordergründige TV-PR-Effekte“, erklärte Götz. Das gerade in bisherigen sozialdemokratischen Hochburgen frisch gewonnene Vertrauen dürfe im übrigen jetzt nicht durch „Hochmut“ gefährdet werden. „Politik ‚von Tür zu Tür‘ wie von der Rheinland-Pfalz-CDU vorgelebt, ist jetzt mehr denn je gefragt. Das ‚hoch zu Roß‘ sollten wir weiterhin den politischen Gegnern überlassen.“

Bei den Kommunalwahlen in sechs Bundesländern sieht die CDU/SPD-Bilanz folgendermaßen aus:

Mecklenburg-Vorpommern

CDU + 9,3 % SPD - 1,6 %

Rheinland-Pfalz

CDU + 6,6 % SPD - 2,4 %

Saarland

CDU + 8,7 % SPD - 1,3 %

Sachsen

CDU + 6,0 % SPD - 2,6 %

Sachsen-Anhalt

CDU + 6,6 % SPD - 2,0 %

Thüringen

CDU + 5,4 % SPD - 1,7 %

SPD fällt auf tiefsten Stand seit der Bundestagswahl

Die SPD ist im Urteil der Wähler in der vergangenen Woche auf den tiefsten Stand seit der Bundestagswahl im September vergangenen Jahres abgesackt. Nach einer Umfrage des Forsa-Instituts für die „Die Woche“ verloren die Sozialdemokraten im Vergleich zur Vorwoche vier Prozentpunkte und erreichten nur noch 32 Prozent. Die CDU/CSU verbesserte sich dagegen um zwei auf 45 Prozent. Grüne und PDS kamen jeweils auf sechs, die FDP kann auf fünf Prozent. Laut Forsa wollen derzeit mehr als 40 Prozent der SPD-Wähler vom vergangenen September den Sozialdemokraten nicht mehr ihre Stimme geben.

Größter Bruch von Wahlversprechen in der Wohnungspolitik

Zu den bekanntgewordenen Einzelheiten des Sparpaketes erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hannelore Rönsch:

Sollten die neuesten Presseberichte über massive Kürzungen im sozialen Wohnungsbau, beim Wohngeld und bei der Eigenheimzulage zutreffen, begeht die Bundesregierung den größten Bruch von Wahlversprechen in der sozialen Wohnungspolitik. Vor der Wahl hatte die SPD versprochen, „daß die Zahl der Sozialwohnungen wieder vergrößert wird. Wir werden den Neubau von Sozialwohnungen verstärken.“ Der heutige Parlamentarische Staatssekretär im Bauministerium, Achim Großmann, hatte am 10. September 1998 „neue Wege“ in der sozialen Wohnungspolitik angekündigt. Wenn der soziale Wohnungsbau nun tatsächlich ab 2000 auf 600 Mio. DM halbiert wird, dann kann das damals nur eine Kampfansage an die Sozialmieter in unserem Land gewesen sein.

Das Wohngeld sollte treffsicherer und sozial gerechter werden. Nun werden die Grundlinien der von der SPD versprochenen „strukturellen Erneuerung“ sichtbar: Das niedrigere Tabellenwohngeld soll durch eine Umverlagerung der Kosten des pauschalierten Wohngeldes auf die Kommunen angehoben werden. In so schamloser Selbstverleugnung des eigenen Politikverständnisses hat noch keine Regierung Politik betrieben. Noch im Frühjahr

1998 hatte die SPD-Fraktion es abgelehnt, die Kosten der Neugestaltung des pauschalierten Wohngeldes den Ländern und Kommunen zu übertragen. Hier erwarte ich einen Aufstand des Deutschen Mieterbundes und der Kommunen. Die Präsidentin des Deutschen Mieterbundes, Anke Fuchs, muß hier ihre ganze politische Autorität einbringen oder die Konsequenzen ziehen.

Kürzungen bei der Eigenheimzulage und bei der Bausparförderung werden die deutsche Bauwirtschaft noch weiter in die Krise stoßen. Bundeskanzler Schröder hat einen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu seinem Hauptziel erklärt. Wie aber will er das gegen das so arbeitsintensive Baugewerbe schaffen? Kürzungen bei den Verkehrsinvestitionen sind schließlich ebenfalls bereits in Sicht.

Die Kürzungen bei der Eigenheimzulage sind aber auch in der Sache nicht gerechtfertigt, weil dadurch Tausende von Familien auf den eigenen Hausbau verzichten oder ihn für einige Zeit verschieben werden. So werden viele Mietwohnungen weiter von grundsätzlich Bauwilligen bewohnt und wird die vernünftige Anlage einer Alterssicherung durch Eigentum blockiert.

Sollten sich die bisher bekanntgewordenen Detailpläne bewahrheiten, werden sie auf den schärfsten Widerstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stoßen.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Generalsekretärin Angela Merkel:

Rentenzahlung nach Kassenlage

Betrug und Willkür sind die tragenden Prinzipien der von der rot-grünen Bundesregierung geplanten Rentenreform.

Die Orientierung der Rentenerhöhung an der Inflationsrate nimmt der Alterssicherung jede Berechenbarkeit und Verlässlichkeit. Die bisher praktizierte Orientierung an den Nettolöhnen ließ auch die Rentner an dem allgemeinen Wohlstandswachstum teilhaben. Damit ist es jetzt vorbei. Riester will den Rentnern gerade mal das an Rentensteigerung zugestehen, was ohnehin durch die Preissteigerung aufgeessen wird. Der geplante Inflationsausgleich bringt den Rentnern lediglich ein Null-Summen-Spiel.

Was ist Schröders Wort wert?

Es war Gerhard Schröder, der vor wenigen Monaten in einer öffentlichen Rede erklärt hatte, er stehe dafür, daß die Renten auch künftig so steigen wie die Nettolöhne. Das war am 17. Februar 1999. Was ist das Wort eines deutschen Bundeskanzlers noch wert, wenn es bereits nach vier Monaten so offenkundig gebrochen wird?

Die Abkehr von der lohn- und beitragsbezogenen Rente ist ein weitreichender Systembruch, der weiteren Systembrüchen Tor und Tür öffnet. Den Rentnern gehen auf diese Weise Einkommensbestandteile dauerhaft verloren, weil sie einen Beitrag zur Sanierung des von Rot-Grün aufgeblähten Haushaltes leisten müssen.

Zusammen mit der Ökosteuer, die der Umwelt nichts, aber dem Finanzminister einiges bringt, haben die Rentner in Deutschland einen wesentlichen Teil der Last zu tragen, die Rot-Grün den Bürgern zumutet.

Dreiste Manipulation

Die Rentner werden durch die dreiste Rentenmanipulation der Schröder-Regierung von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung ausgeschlossen. Damit fallen ausgerechnet die Sozialdemokraten hinter die Rentenreform des Jahres 1957 zurück, die den Rentnern eine berechenbare Dynamisierung der Rente brachte. Rückschritt statt Fortschritt ist zum fragwürdigen Markenzeichen rot-grüner Politik geworden.

In der Sache ist unbestritten, daß der veränderte Altersaufbau der Bevölkerung nicht ohne Auswirkungen auf die Alters-

Riester will den Rentnern gerade mal das an Rentensteigerung zugestehen, was ohnehin durch Preissteigerungen aufgeessen wird.

sicherungssysteme bleiben kann. Immer weniger Beitragszahler können nicht ohne strukturelle Reformen immer mehr Rentner finanzieren. Deshalb hatte die CDU-geführte Bundesregierung einen „demographischen Faktor“ eingeführt, der den Anstieg der Renten in einem Zeitraum bis 2030 abflachen sollte.

Versprechen nicht gehalten

Die SPD hatte versprochen, diese Reform zurückzunehmen. Dieses Versprechen hat sie gehalten. Und dann hat sie erkennen müssen, daß sie kein Geld in der Kasse hat, um dieses Wahlgewinn zu finanzieren. Rentenzahlung nach Kassenlage ist die zwangsläufige Folge dieser verfehlten Politik. ■

Zur Beschlußempfehlung in Sachen Mahnmal

Verfahrenskonsens aufgekündigt

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, hat wegen der Beschlußfassung im Ausschuß für Kultur und Medien den folgenden Brief an den Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse geschrieben:

Sehr geehrter Herr Präsident,

mit Befremden habe ich zur Kenntnis genommen, daß im Ausschuß für Kultur und Medien die Beschlußempfehlung in Sachen Mahnmal mit der Koalitionsmehrheit durchgesetzt worden ist. Diese Beschlußempfehlung verkürzt die im Bundestag eingebrachten verschiedenen Entscheidungsalternativen in einer Weise, wie es allen bisherigen Absprachen zum Verfahren meines Erachtens widerspricht.

Nach meiner Erinnerung waren wir uns einig gewesen, daß der Verzicht der Bundesregierung auf eine eigene Beschlußvorlage für das parlamentarische Verfahren die Konsequenz haben sollte, daß im Parlament nicht mit den üblichen Mechanismen der Mehrheitsbildung entschieden werden soll, sondern daß jeder Abgeordnete nach

seiner eigenen Entscheidung abstimmen soll. Dies schließt im übrigen eine Streitige Entscheidung im federführenden Ausschuß aus, weil die Ausschußmitglieder beim Prozeß der Mehrheitsbildung ihre jeweiligen Fraktionen vertreten.

Ich fürchte, daß dieses Vorgehen der parlamentarischen Beratung und Entscheidung erheblichen Schaden zufügen kann, wobei ja noch das nicht geklärte Problem hinzutritt, daß die Koalitionsmehrheit die parlamentarische Beratung just zu dem Zeitpunkt vorgesehen hat, zu dem der Bundesrat das Richtfest des neuen Bundesratsgebäudes in Berlin vorgesehen hat. Auch dies halte ich für einen nicht der Sache dienlichen Umgang zwischen den beteiligten Verfassungsorganen.

Ich wäre Ihnen deshalb sehr dankbar, wenn Sie kurzfristig versuchen könnten, im Gespräch mit den Fraktionen den von mir befürchteten Schaden abzuwenden.

*Mit freundlichen Grüßen
gez. Schäuble*

Aus der Sommerplanung 1999

- 20. Juli:** „Familie und Mittelstand“ – Anhörung der Familienkommission in Stuttgart
- 18. August:** „Familie im Brennpunkt“ – Anhörung der Familienkommission in Düsseldorf
- 25. August:** „Kinder stark machen“ – Anhörung der Familienkommission in Leipzig
- 31. August:** „Familienleben in Europa – Erfahrungen unserer Nachbarn“, Anhörung der Familienkommission in Saarbrücken

Verschleierungstaktik

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, und die Berichterstatterin für die europäische Verkehrspolitik, Renate Blank, erklärten zu den Ankündigungen des Bundesverkehrsministers zur Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans:

Täuschen und Verschleiern ist Münteferings bevorzugte Taktik bei Themen mit Öffentlichkeitswirkung, so auch bei der Überarbeitung des geltenden Bundesverkehrswegeplans. Angekündigt hat er eine zügige Überarbeitung als Schwerpunkt seiner Arbeiten in der 14. Legislaturperiode. Sein „Verkehrsbericht 2000“, den er im nächsten Jahr als „Reflexion über das Procedere und die Inhalte der BVWP-Überarbeitung“ vorlegen will, soll in Wahrheit darüber hinwegtäuschen, daß ein Abschluß dieser Überarbeitung vor der Wahl 2002 nicht gewollt ist. Denn als Ergebnis herauskommen soll, so erwartet es zumindest der Koalitionspartner B'90/Die Grünen, eine Streichung vieler Projekte, auf deren Realisierung heute noch in der Region vor Ort gehofft wird.

Tatsache ist: es wird in dieser Legislaturperiode keinen neuen BVWP geben, keine Novellen der Ausbaugesetze, keine Prioritätensetzung für dringliche neue Projekte. Um den Wähler nicht – noch mehr – zu verschrecken, sollen die Hiobsbotschaften an den Anfang der nächsten Legislaturperiode verschoben werden.

Doch an einer Hiobsbotschaft kommt Müntefering nicht vorbei: Die Aussichten für seinen neuen Haushalt 2000 sind äußerst deprimierend. 3,6 Mrd DM muß er bei Eichel abliefern und deshalb 1,8 Mrd DM bei den Verkehrsinvestitionen streichen,

davon 1 Mrd DM bei der Schiene und 800 Mio DM bei der Straße.

Dies ist der Bruch aller bisherigen Zusagen. „Verkehrsinvestitionen schaffen und sichern Arbeitsplätze. Investitionen in das Straßennetz sind von zentraler Bedeutung.“ lautete Münteferings Aussage am 18. November 1998 im Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen bei der Vorstellung seines Regierungsprogramms. Seine drastischen Streichungen vernichten Arbeitsplätze, sie wirken katastrophal auf die Tiefbauindustrie. Wir warten gespannt auf die Vorschläge des Verkehrs- und Bau-ministers hinsichtlich der laufenden Bauvorhaben in den alten Bundesländern, der fest zugesagten Priorität für die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit und hinsichtlich der Baubeginne baureifer Projekte des vordringlichen Bedarfs, deren Volumen inzwischen rd 5 Mrd DM beträgt.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage an den Minister nach der Forderung der Bundesländer, die sie im Frühjahr 1998 auf der Länderverkehrsministerkonferenz in Hannover auf Betreiben des niedersächsischen Verkehrsministers Peter Fischer aus dem Kabinett Schröder an den Bund gerichtet haben, jährlich 4 Mrd DM zusätzlich für den Straßenbau zur Verfügung zu stellen, 3 Mrd DM für Neubau und 1 Mrd DM für Unterhaltung. Diese Forderung haben die Länder bisher stets erneuert und erhärtet.

Auskunft fordern wir auch, mit welchem Erfolg sich Minister Müntefering für spezifische Einnahmeverbesserungen eingesetzt hat, ob er sich beim Bundesfinanzminister mit der Forderung durchsetzen konnte, das Gebührenaufkommen aus der elektronischen Maut 2002 für die Unterhaltung der Bundesstraßen zweckzubinden.

Schlechte Bilanz

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, und die Berichtsterin für die europäische Verkehrspolitik, Renate Blank, erklärten zur mageren Bilanz der deutschen Präsidentschaft im EU-Verkehrsrat:

Verpaßte Chancen, das ist die enttäuschende Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft eines SPD-Verkehrsratsministers. Franz Müntefering trat nur zu Beginn seiner Präsidentschaft im EU-Verkehrsausschuß auf, ließ sich dann vertreten. Er mißachtete damit nicht nur ein nach Inkraftsetzung der Amsterdamer Beschlüsse wichtiges Gremium im Verkehrsbereich, er versäumte auch die Gelegenheit, als Verkehrsratspräsident den Europaabgeordneten seine Ziele zu verdeutlichen.

Angekündigt hatte er es anders: „Die Bundesregierung legt großen Wert auf gute Kooperation mit den europäischen Institutionen.“ So vollmundig hatte er im Januar dieses Jahres die

Präsentation seiner Ziele und Schwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in den Bereichen Verkehr und Raumordnung eingeleitet. Doch wie schon so oft passen Reden und Handeln bei dieser Regierung nicht zusammen.

„Innovationen fördern, die Eisenbahnen modernisieren und die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen vorantreiben, den Kombinierten Verkehr stärken“, das waren ganz offensichtlich zu hoch gesteckte Ziele für diesen Minister. Die Bilanz seines Staatssekretärs Scheffler nach der Sitzung am 21. April mit dem EU-Verkehrsausschuß, der letzten vor den Parlamentswahlen am 13. Juni, lautete ernüchternd: Viele Initiativen blieben liegen, die Hilfen zum kombinierten Verkehr blieben auf der Strecke, über den Fortgang der Eurovignette wird im Parlament gestritten, die Eisenbahnpolitik der EU ist völlig festgefahren.

Gesamt-Fazit: Im Verkehrsministerium herrscht Blockade – eine fatale Entwicklung für Deutschland.

Wir stellen zudem die Frage, was der Bundesverkehrsminister aus der Mineralölsteuererhöhung, die der Autofahrer zu zahlen hat, für den Straßenbau herausgeholt hat oder herauszuholen beabsichtigt. Dies als Ökosteuer zu bezeichnen, ist ohnehin eine mißbräuchliche Verwendung des Begriffs. Wir hatten uns seinerzeit, als in der Union 1997 eine Mineralölsteuererhöhung zur Finanzierung der Rentenreform in Betracht gezogen wurde, beim Bundeskanzler und beim Fraktionsvorsitzenden für die „Ausweisung einer Straßenbau-Milliarde“ eingesetzt. Müntefering hat im Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen weiteren Kon-

zeptionsmodellen als Möglichkeit zur Vorfinanzierung von Verkehrsprojekten eine Absage erteilt. Privatfinanzierungsmodelle mit unmittelbarer Maut-Refinanzierung sieht er dagegen als geeignet, die Investitionsschwäche der Bundesregierung zu mildern. Für uns stellt sich die Frage, was der Bundesverkehrsminister bisher für eine entsprechende Aufweitung des restriktiven EU-Rechts und eine verstärkte Mobilisierung privaten Kapitals unternommen hat, ob er eine erweiterte Prüfpalette von Projekten erarbeiten läßt und ob er auch in die Überlegungen einbezieht, die Finanzierung wichtiger Verkehrsprojekte über steuerbegünstigte Fonds-Modelle zu ermöglichen. ■

Europapolitik

Der neukonstituierte CDU-Bundesfachausschuß Europapolitik hat den Europaabgeordneten **Elmar Brok** (Nordrhein-Westfalen) zum Vorsitzenden gewählt. Brok gehört seit 1980 dem Europäischen Parlament an und war in der letzten Legislaturperiode als Vertreter der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament in der Reflexionsgruppe und der Regierungskonferenz zur Ausarbeitung des EU-Reformvertrags von Amsterdam ein Vorkämpfer für ein handlungsfähiges, demokratisches und transparentes Europa.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wählte der Bundesfachausschuß die Thüringische Landesministerin **Christine Lieberknecht** MdL und **Philipp Graf von Walderdorff**, Hauptgeschäftsführung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT).

Der Bundesfachausschuß berät den Bundesvorstand der CDU in europapolitischen Fragen. Die 35 Mitglieder setzten sich aus Vertretern der Landesverbände, der Vereinigungen der CDU sowie weiteren Fachleuten zusammen.

Schwerpunkte der europapolitischen Arbeit des Bundesfachausschusses sind u.a.:

- Erarbeiten wichtiger Elemente eines Europäischen Verfassungsvertrages
- Fortentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich einer europäischen Verteidigung
- Schaffung eines „Gemeinsamen Raumes der Freiheit, des Rechts und der Sicherheit“.

Entwicklungspolitik

Der Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik hat sich am 17. Juni konstituiert und den Europaabgeordneten **Armin Laschet** aus Aachen zum Vorsitzenden gewählt. Herr Laschet gehörte dem 13. Deutschen Bundestag von 1994 bis 1998 an und war dort Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Er wurde am 13. Juni in das Europäische Parlament gewählt.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wählte der Bundesfachausschuß den entwicklungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Klaus-Jürgen Hedrich** MdB (Niedersachsen), und die Europaabgeordnete **Anne-Karin Glase** (Brandenburg), die den Bundesfachausschuß in der 13. Legislaturperiode geleitet hatte.

Der Bundesfachausschuß berät den Bundesvorstand der CDU in entwicklungspolitischen Fragen. Die 34 Mitglieder setzen sich aus Vertretern der Landesverbände, der Vereinigungen sowie aus weiteren Fachleuten zusammen.

Schwerpunkte der entwicklungspolitischen Arbeit des Bundesfachausschusses u. a.: Fragen globaler Zukunftssicherung, Verknüpfung von Umweltschutz und Wirtschaftsentwicklung in Entwicklungsländern.

Der Bundesfachausschuß versteht sich als Ansprechpartner für die Landesfachausschüsse und Landesarbeitskreise für Entwicklungspolitik. Es wird gebeten, Anfragen an die Geschäftsführung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik (CDU-Bundesgeschäftsstelle, Referat Entwicklungspolitik, Tel.: 0228/544-325, Fax: 0228/544-322) zu richten.

Schutz vor Verunglimpfung der Soldaten

Zur Ankündigung von SPD und Grünen, den in erster Lesung von der CDU/CSU-Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf zum verbesserten Schutz der Bundeswehr vor Verunglimpfung abzulehnen, erklärten der rechtspolitische Sprecher und der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Norbert Geis und Wolfgang Götzer:

Die Gleichstellung unserer Soldaten mit Gewaltverbrechern darf weder von der Justiz, noch von der Politik hingenommen werden. Soldaten haben ebenso wie alle anderen Bürger einen Anspruch auf Schutz ihrer Menschenwürde und ihrer persönlichen Ehre. Die Würde unserer Soldaten durch die Gleichsetzung mit Mördern zu verunglimpfen, darf nicht ohne staatliche Sanktionen bleiben. Unsere Soldaten sind genau das Gegenteil von Mördern, sie sind Friedenssicherer. Unsere Soldaten sind gegenwärtig im Auftrag des Deutschen Parlaments an einer in-

ternationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo zur Gewährleistung eines sicheren Umfeldes für die Flüchtlingsrückkehr und zur militärischen Absicherung einer Friedensregelung für das Kosovo beteiligt. Sie werden ihren Kameraden anderer Staaten nicht erklären können, warum sie in ihrer Heimat ungestraft als Mörder bezeichnet werden dürfen.

Unsere Soldaten haben Anspruch auf rückhaltlose Unterstützung und Rückendeckung durch Staat, Politik und Gesellschaft. Wer auf dem Balkan sein Leben für das Lebensrecht anderer aufs Spiel setzt, darf nicht allein auf materielle und finanzielle Unterstützung verwiesen werden. Mit eben dieser begrenzten Unterstützung wollen sich SPD und Grüne wohl davor drücken, auch die Ehre unserer Soldaten schützen zu müssen. Sie lehnen einen Gesetzentwurf zum verbesserten Schutz der Bundeswehr vor Verunglimpfung ab.

Zahl der Tierversuche nahmen in zwanzig Jahren drastisch ab

Versuche mit Tieren haben in den vergangenen zwanzig Jahren in der Bundesrepublik drastisch abgenommen. Allein im Arzneimittelbereich sank die Zahl der Versuchstiere zwischen 1977 und 1997 von 4,3 Millionen auf 700 000, teilte das Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin in Berlin mit. Entscheidenden Anteil an

dieser Entwicklung habe die „Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch“, abgekürzt Zebet. Diese am Bundesinstitut angesiedelte Forschungsstelle war die erste staatliche Institution, die den Auftrag bekam, auf wissenschaftlicher Basis Alternativen zu Tierversuchen zu finden.

Vereine fördern – ehrenamtlich Tätige entlasten

Der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz, erklärte zum Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Verbesserung der Vereinsförderung und der Verbesserung der Situation ehrenamtlich Tätiger:

Vereine übernehmen mit ihren vielfältigen Angeboten im kulturellen, sportlichen, sozialen Bereich und in sonstigen gemeinnützigen Bereichen wichtige gesellschaftspolitische Aufgaben. Sie entlasten staatliche und kommunale Träger und leisten somit wertvolle Dienste für unser Gemeinwesen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dem Bundestag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine spürbare Entlastung und eine Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen für unsere Vereine schaffen soll.

Der CDU/CSU-Gesetzentwurf beinhaltet unter anderem die Erhöhung des steuerfreien Pauschalbetrages für Übungsleiter von momentan 2.400 Mark auf 4.800 Mark. Darüber hinaus sollen die ehrenamtlichen Mitglieder von kleinen und mittleren Vereinen durch die Anhebung der Besteuerungsgrenze von z.Zt. 60.000 Mark auf 120.000 Mark spürbar von Verwaltungsaufwand und Bürokratie entlastet werden, um sich voll und ganz ihrem gemeinnützigen Anliegen widmen zu können.

Götz, der Mitglied der Arbeitsgruppe „Ehrenamt“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist, fordert die Koalition auf, dem Unionsvorschlag zuzustimmen, denn er bedeutet eine echte Entlastung und Stärkung ehrenamtlicher Arbeit.

Striktes Nein zum Klonen von Menschen

Anlässlich der Tatsache, daß US-Forscher bereits menschliche Embryos zu therapeutischen Zwecken klonen, erklärte der zuständige Berichterstatter für Bioethik im Bildungs- und Forschungsausschuß, Werner Lensing:

Nachdem heute bekannt geworden ist, daß US-Forscher schon seit dem vergangenen November menschliche Embryonen zu therapeutischen Zwecken klonen, muß es in Deutschland bei einem Nein ohne Wenn und Aber zu dieser Art von Forschung bleiben.

Vollkommen zu Recht besteht nach dem deutschen Embryonenschutzge-

setz ein Verbot der Erzeugung und Verwendung menschlicher Embryonen zu fortpflanzungsfremden Zwecken. Dieser strenge Ansatz erklärt sich aus der richtigen Grundannahme, daß menschliche Leben von Beginn an – und zwar unabhängig von der Art seiner Entstehung – als generell schutzwürdig anzunehmen ist.

Würde des Menschen schützen

Nicht alles, was auch technisch machbar ist, ist auch moralisch verantwortbar. Es muß eine ethische Verantwortung der Wissenschaft geben, in deren Zentrum der Schutz der Würde des Menschen steht.

CDU fordert bessere Filmförderung

Die CDU setzt sich für bessere Förderungsmöglichkeiten deutscher Filme ein. Die Bundesregierung müsse im Rahmen der Steuerreform die Voraussetzungen für ein rentables Investment privater Fondsanleger in deutsche Film- und Fernsehproduktionen schaffen, forderte Bernd Neumann MdB, Sprecher für Medien- und Filmfragen der CDU.

Vor 150 Repräsentanten von Film und Fernsehen beim CDU-Filmtreff anlässlich der Bundesfilmpreisverleihung in Berlin kritisierte Neumann die Regierung Schröder und ihren Kulturstaatsminister Naumann. Den „großen Worten“ der Regierung zur Filmförderung müßten endlich Taten folgen. Neumann wörtlich: „Die Politik muß den Kinofilm als das erkennen, was er tatsächlich ist: ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur und gesellschaftlichen Identifikation. Die Zukunft des Filmstandortes Deutschland darf nicht dadurch ausgebremst werden, daß

der Film steuerlich behandelt wird wie die Subventionen für Kohle oder Werften.“

Bernd Neumann kündigte an, daß sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die unionsregierten Bundesländer und die EVP-Fraktion im Europaparlament für eine zügige und spürbare Verbesserung der Rahmenbedingungen bei der Filmförderung einsetzen werden.

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen, unterstrich beim CDU-Filmtreff die Bedeutung Berlins und Brandenburgs für die Film- und Fernsehwirtschaft. „Mit Adlershof und Babelsberg hat diese Region zwei sehr vielversprechende Produktionszentren, die sich national und weit darüber hinaus sehen lassen können“, erklärte Diepgen. Berlin werde sich auch weiterhin dafür stark machen, die Rahmenbedingungen der Branche zu verbessern und die Zusammenarbeit von Adlershof, Babelsberg und vielen ansässigen Produzenten zu unterstützen.



Baden-Württemberg

„Vom Süden weht der Zukunftswind“

Unmittelbar nach der Europawahl startet die CDU in Baden-Württemberg eine neue Offensive: das Projekt Südwind. „Von unserem Land aus weht der Zukunftswind. Baden-Württemberg ist ein Modell für Deutschland, an dem sich die Bundesregierung ein Beispiel nehmen kann“, erklärte der CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Erwin Teufel, vor der Presse in Stuttgart.

„Baden-Württemberg auf seinem Erfolgskurs halten und Rot-Grün zeigen, wie gute Politik gemacht wird, das sind die Kerninhalte des Projekts, und darauf ist die ganze politische Arbeit der CDU Baden-Württemberg in den nächsten Jahren ausgerichtet.“

„Dem Süden Deutschlands kommt in den nächsten Jahren eine ganz entscheidende Bedeutung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands zu“, so Erwin Teufel. Rot-Grün sei mit seiner Programmatik kein Vorreiter, weder in Deutschland, noch in Europa. Dagegen werde die CDU in Baden-Württemberg ihre Zukunftskonzepte verwirklichen.

Gerade im föderalen Wettbewerb und in der globalen Konkurrenz habe die CDU ein klares Ziel vor Augen:

„Nur leistungs- und zielorientiert sind wir den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen. Im Projekt Südwind entwickeln wir ein Leitbild, wie Baden-Württemberg im nächsten Jahrhundert aussehen soll. Dazu müssen wir heute die Zukunftsinvestitionen machen, um morgen den Spitzenplatz zu behalten“, erklärte der CDU-Vorsitzende.

Eine solche Zukunftsinvestition sei vor allem die Bildung, so Teufel. „Wir stellen uns dem Wettbewerb. Deshalb wollen wir flächendeckend das 8jährige Gymnasium.

Wir stellen uns den revolutionären Entwicklungen im Internet. Deshalb wollen wir in Baden-Württemberg eine virtuelle Hochschule schaffen, die das Studieren über das Internet ermöglicht. Die Informationstechnologie ist einer der größten Arbeitsmärkte der Zukunft. Baden-Württemberg muß seine Spitzenstellung als Standort für Softwareentwicklung noch weiter ausbauen. Und auch die Bio- und Gentechnologie muß hier in Baden-Württemberg einen erstklassigen Standort erhalten. Denn hier liegt ein hohes Potential an qualifizierten Arbeitsplätzen.“

Aber auch bundespolitisch vertrete die CDU die Interessen unseres Landes. „Der Föderalismus in Deutschland muß auf

Im Projekt Südwind können die Bürgerinnen und Bürger die Zukunft unseres Landes direkt und vor Ort mitgestalten.

neue Grundlagen gestellt werden: Baden-Württemberg ist nicht der Zahlmeister der Nation. Deshalb wollen wir einen gerechteren Länderfinanzausgleich.“ Auch die Alterssicherung müsse auf eine breitere Basis gestellt werden. „Neben den gesetzlichen Renten werden für die junge Generation kapitalgedeckte Systeme als eine weitere Säule eine wachsende Bedeutung gewinnen.“

Erwin Teufel sagte, daß der Mittelstand zu einem neuen gesellschaftlichen Leitbild werden müsse. Denn „Mittelstand“ seien nicht nur selbständige Unternehmer. „Das sind alle Arbeitnehmer in den Betrieben, aber auch alle Hausfrauen, die ihre Familien versorgen, alle Schüler und Studenten.



Foto: Weißbrod, dpa

die eine qualifizierte Ausbildung anstreben, der moderne öffentliche Dienst, der unsere Verwaltung trägt. Ihre gemeinsamen Interessen wollen wir formulieren und politisch durchsetzen. Wir verstehen uns als der klassische Ansprechpartner des Mittelstandes, auf allen Feldern der Politik“, so Erwin Teufel.

Zu diesen Projekten werde die CDU externen Sachverstand zuziehen und Personen des öffentlichen Lebens einladen, an den einzelnen Themen mitzuarbeiten. Der Leitgedanke heiÙe: CDU & Partner. „Im Projekt Südwind können die Bürgerinnen und Bürger die Zukunft unseres Landes direkt und vor Ort mitgestalten“, sagte Teufel.

Die Kommunalwahl im Herbst dieses Jahres sei ein wichtiger Teil des Projektes.

„Wir blicken optimistisch in die Zukunft und wollen mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern Politik für unsere Gemeinden gestalten. Weitere Initiativen und Veranstaltungen in den nächsten Monaten werden folgen“, so Teufel.

Veranstaltungen „CDU & Partner“

Neue Veranstaltungsreihen unter dem Motto „CDU & Partner“ werden diese Einladung konkret formulieren. „Wir gehen hinaus zu den Menschen und laden alle gesellschaftlichen Gruppen ein, mitzuarbeiten. Dieses Projekt ist keine bloÙe Werbekampagne. Das Projekt ist die Einladung an alle Bürgerinnen und Bürger, gemeinsam mit der Union die Zukunft Baden-Württembergs zu gestalten“, erklärte der CDU-Landesvorsitzende. ■

Fünf Argumente gegen rot-grüne Politik

Appell der Senioren-Union an die Schröder-Regierung

1. Die **ökologische Steuerreform** belastet vor allem die Rentner, da diese die gestiegenen Energiepreise nicht durch Lohn-erhöhungen kompensieren können. Aber auch Familien, Arbeitslose, der Mittelstand und die Landwirtschaft werden von dieser angeblichen Steuerreform schwer getroffen. Die Ökosteuer wird zu Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr und zu neuen finanziellen Belastungen der öffentlichen Haushalte führen. Wo die Entlastungseffekte für die Umwelt liegen sollen, wird auch nicht erkennbar. Die Ökosteuer muß daher umgehend rückgängig gemacht werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat durch die Petersberger Beschlüsse hingegen ein überzeugendes Konzept für eine tatsächliche Steuerreform vorgelegt.

2. Die **Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse**, die sogenannten 630-Mark-Jobs trifft auch die ältere Generation hart. Viele ältere Mitbürger sind auf die Hilfe im häuslichen Bereich angewiesen, die gerade von geringfügig Beschäftigten geleistet wurde. Die neue bürokratische Regelung geht zu Lasten vieler Seniorenhaushalte. Auch sind zahlreiche Rentner geringfügig beschäftigt. Viele Ältere hatten über die alte Regelung einen kleinen Nebenverdienst, beispielsweise als Zeitungsaus-träger oder Hausmeister. Daß nun auch Rentner dieses „Taschengeld“ versteuern sollen, ist ungerecht. Auch bringt die Neuregelung zusätzliche Lasten für die Wirtschaft. Arbeit muß in Deutschland attraktiv und bezahlbar bleiben. Deshalb fordern wir eine sofortige Korrektur der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse.

3. Wir fordern, daß das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 19. Januar 1999 zur wirtschaftlichen **Besserstellung von Familien** zügig umgesetzt wird. Die rot-grüne Bundesregierung ist nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichtes verpflichtet, das Einkommen der Steuerpflichtigen im Umfang des Existenzminimums steuerfrei zu belassen. Dieser Grundsatz muß bei Familien für das Existenzminimum sämtlicher Familienmitglieder gelten. Der Gesetzgeber hat von

Beschluß der Bundesvorstandssitzung am 8./9. Juni in Kiel

einem kindbedingten Existenzminimum auszugehen, wenn er eine zukünftige Besserstellung von Familien vorsieht. Im Mittelpunkt einer menschlichen Gesellschaft steht für die Senioren-Union die Familie. Sie bleibt auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen die Lebensgemeinschaft der Zukunft.

4. Die Senioren-Union fordert von der rot-grünen Koalition Klarheit in der **Gesundheitspolitik**. Die marginale Senkung von Zuzahlungen bei Medikamenten sind keine Lösung. Kosmetische Korrekturen der dritten Reformstufe des Gesundheitssystems können letztendlich nur zu Beitragserhöhungen und einer weiteren Belastung der Krankenkassen führen. Nachdem die Krankenkassen 1997/98 Rücklagen ansparen konnten, kommt es 1999 wieder zu großen finanziellen Verlusten. Beitragserhöhungen der Krankenkassenbeiträge treffen vor allem die Senioren hart, da diese nicht durch überproportionale Rentensteigerungen ausgeglichen wer-

Nun sind die Länder gefordert

Zum Vorhaben der katholischen deutschen Bischöfe, den Wortlaut der Beratungsbescheinigungen abzuwandeln, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Rönsch:

Ich begrüße, daß die katholische Kirche nach der jüngsten Erklärung der Bischöfe auch weiterhin eine Beratung erbringen wird, die Frauen in schwierigsten Lebenssituationen nicht mit ihren Konflikten alleine läßt und die den rechtlichen Erfordernissen an eine Schwangerschaftskonfliktberatung genügt.

Im Hinblick auf den zukünftig in die Beratungsbescheinigung aufzunehmenden Zusatz, daß die Bescheinigung nicht zur Durchführung strafreier Abtreibung verwendet werden dürfe, sehe ich nun insbesondere Handlungsbedarf bei den Bundesländern. Jetzt muß geprüft werden, ob es nicht möglich ist, auch die abgewandelten Beratungsbescheinigungen als Bescheinigungen im Sinne der strafrechtlichen Vorschriften anzuerkennen. Letztlich handelt es sich bei dem genannten Zusatz um einen bloßen Ausdruck der inneren Haltung der katholischen Kirche.

Daran, daß nach wie vor eine echte Schwangerschaftskonfliktberatung er-

bracht werden soll, lassen die Aussagen der Bischöfe keinen Zweifel. Möglicherweise könnte auch eine andere Institution – ohne erneute Beratung – eine erfolgte Beratung bescheinigen, wenn sicher festgestellt ist, daß eine katholische Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle sie vorgenommen hat.

Der Verbleib der Bischöfe in der Beratung ist zu begrüßen

Anläßlich der Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zur zukünftigen Schwangerschaftskonfliktberatung teilte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bärbel Sothmann mit:

Das intensive Bemühen der deutschen Bischöfe um den Verbleib der katholischen Kirche in der Schwangerschaftskonfliktberatung ist zu begrüßen. Der von ihnen verlangte Spagat war schwierig, der Kompromiß wirft sicher viele Fragen auf und wird viele nicht zufriedenstellen. Mit dem neuen Beratungs- und Hilfeplan wird der moralische Anspruch von Staat und Kirche auf den Schutz des Lebens unterstrichen. Gleichzeitig wird aber auch die eigenverantwortliche Entscheidung der Frau gestärkt.

den. Außerdem darf der Hausarzt, wie in Entwürfen der Regierung enthalten, nicht zum „Sparkommissar“ des Gesundheitswesens degradiert werden.

5. Wir erwarten von der rot-grünen Bundesregierung eine moderne, situationsgerechte Konzeption für den dritten Lebensabschnitt. Wir plädieren für die Schaffung

eines **Seniorenförderungsgesetzes**, welches den § 75 aus dem Sozialgesetzbuch ablöst. Altenarbeit kann nicht nur unter dem Gesichtspunkt von Betreuung und Pflege geschehen. Dieses Seniorenförderungsgesetz ist nach unserer Überzeugung kein neues Leistungsgesetz, sondern bündelt Rechte, Pflichten und Hilfen für ältere Menschen in einem Ordnungsrahmen. ■

Der Mensch im Mittelpunkt Zukunft durch Beteiligung

Einen „Konsultationsprozeß über zwei Jahre“ kündigte der wiedergewählte CDA-Bundsvorsitzende Rainer Eppelmann, MdB, vor den 400 Delegierten der Unions-Arbeitnehmer an. „Wir müssen vor neuen Herausforderungen unsere Grundwerte neu justieren und überzeugende Antworten finden. Laßt uns die Chance der Opposition nutzen und unverkrampft mit den sozialen Gruppen, der Umweltbewegung, den Menschenrechtsinitiativen, Gewerkschaften, der Wirtschaft und den Kirchen offen diskutieren. Wir wollen eine Zukunft durch Beteiligung.“

Erstmals nach dem Integrationsbeschluß von CDA und CSA beteiligte sich eine bayrische CSA-Delegation unter Führung des Landesvorsitzenden, Peter Keller, mit Rede- und Antragsrecht an einer Bundestagung der CDA-Deutschlands. Nach seiner Grußrede, in der Volker Rühle, Spitzenkandidat der CDU in Schleswig-Holstein, die Notwendigkeit eines „starken sozialen Flügels in der Union“ hervorhob, schenkte ihm die CSA-Delegation einen CSU-Rucksack in weiß und blau für seinen Weg an die Spitze des nördlichsten Bundeslandes. Nach dem politischen Bericht des CDA-Bundsvorsitzenden Rainer Eppelmann war die Rede des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Wolfgang Schäuble, der Höhepunkt.

Locker, unverkrampft und mit viel Angriffslust auf eine Regierung, die bereits nach einem halben Jahr ihren Kredit verspielt hat, trat Schäuble auf. „Schröder hat keine Vorstellung, was er eigentlich will. Er verfügt nicht über einen Kompaß, sondern eher über eine Wetterfahne.“ Und

dann geißelte er Rot-Grün, von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft („verlorene Zeit“) über die Öko-Steuer bis zum 630-DM-Gesetz. „Dieses Gesetz muß weg“, forderte er und fügte gleich hinzu: „aber nicht mit dem Ziel, daß gar nichts passiert.“ Schäuble plädierte für eine Sozialversicherungspflicht ab einer bestimmten Freigrenze, gekoppelt mit einer Quotenregelung für die einzelnen Betriebe. Auf Kritik von Delegierten an der Postkartenaktion („Herr Schröder, die 630 DM gehören mir“) räumte er ein, daß diese sehr holzschnittartig angelegt sei.

Arbeit für alle

Die wichtigste Frage bleibe, wie Arbeit für alle geschaffen werden könne. „Zukunft durch Beteiligung“ nahm Schäuble die Leitidee der Lübecker Erklärung auf – „schaffen wir nur, wenn wir dieses Ziel

28. Bundestagung der CDA in Lübeck

nicht aus den Augen verlieren.“ Davon rede die neue Bundesregierung im übrigen nicht. „Aus klaren Grundsätzen heraus Antworten für heute und morgen zu suchen, das gefällt mir am Entwurf der Lübecker Erklärung besonders gut.“ Schäuble wollte es nicht bei tagespolitischen Anmerkungen belassen. „Freiheit und Verantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität gehören zusammen. Dabei sind die Kräfte der Solidarität in unserer Gesellschaft stärker als viele glaubten. Eine zukunftsfähige Gesellschaft kann auch nicht auf das Leitbild von Ehe und Familie verzichten.“ Schäuble forderte mehr mate-

rielle Unterstützung für die Familie, wengleich er dem Begriff eines „Erziehungsgeltes“ ablehnend gegenübersteht. Vehement wandte er sich gegen zunehmende Sonntagsarbeit. „Eine Rhythmisierung des Lebens ist ein kultureller Vorteil. Ausnahmen von der Sonntagsruhe sind so eng wie möglich zu fassen.“

Heimspiel für Norbert Blüm

Für Norbert Blüm war die Lübecker Bundestagung ein Heimspiel. Angesichts der Kürzungspläne des Arbeitsministeriums bei der Rente brannte er ein Feuerwerk in Richtung Rot-Grün: „Schützt die Rentenversicherung vor den Rentenmanipulanten. Sie darf nicht zu einer Lotterie gemacht werden. Rente ist Alterslohn und kein Almosen des Staates.“ Er plädierte noch einmal nachdrücklich für „seine“ Rentenreform, die aufgrund einer demographischen Formel keine Kürzung der Renten, sondern einen flacheren Anstieg der Erhöhungen vorsah. Doch die hatten Schröder und Co. kurzerhand außer Kraft gesetzt. Nachdrücklich forderte der ehemalige Arbeitsminister die Tarifpartner auf, die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu berücksichtigen. „Wenn die Gewerkschaften eine zurückhaltende Lohnpolitik machen, dann muß gleichzeitig mehr in Vermögensbildung angelegt werden.“ Dabei müßten die Arbeitnehmer die Anlageform frei wählen dürfen.

Kein Sozialstaat nach Bedürftigkeit

Eine eindeutige Absage erteilte Blüm der Sichtweise vom Sozialstaatsverständnis von Schröder, Hombach und Co., wonach sich der Sozialstaat auf die Bedürftigen konzentrieren soll. „Mein Sozialstaat hat mit Gerechtigkeit zu tun.“ Er fühle sich auch als Sohn Ludwig Erhards. „Ohne Sozialstaat ist keine Marktwirtschaft funktionsfähig. Es ist wirtschaftlich vernünftig,



einen Sozialstaat zu haben.“ Die Sozialpolitik, für die er stehe, habe nicht die Aufgabe eines Lazarettwagens. Blüm betonte noch einmal die Funktion des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft und in einem demokratischen Gemeinwesen. „Wo der Staat die Ordnungsfunktion abgibt, da kommt die Mafia.“ Nachdem vom Sozialismus nur noch die Trümmer geblieben sind und sich der Kapitalismus in der ganzen Welt als menschenfeindlich erwiesen hat, steht für Norbert Blüm fest: „Die christlich-soziale Idee hat triumphiert. Sie gilt es überall zu verwirklichen: in Deutschland, in Europa und global.“

Originalton: Wolfgang Schäuble

Die Art und Weise, wie Norbert Blüm für die Schwachen und Armen in der Welt eintritt, ist mit das Beste, was wir haben.

*

Wer Soziale Marktwirtschaft mit shareholder value gleichsetzt, der hat Ludwig Erhard nicht richtig gelesen.

*

Es gibt in der Opposition keine Koalition.

Ein Patriot, auf dessen Wort man sich immer hat verlassen können

„Mit Ihrem beharrlichen Wirken haben Sie das Tor offen gehalten, durch das wir 1989 gehen konnten.“

Mit diesem Satz würdigte der Parteivorsitzende und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, die wichtigste Leistung im politischen Leben von Rainer Barzel, der am 20. Juni seinen 75. Geburtstag feierte.

Zum Empfang am Montag im Konrad-Adenauer-Haus kamen auf Einladung Schäubles der Ehrenvorsitzende der CDU und Bundeskanzler a.D., Helmut Kohl, der amtierende Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und seine Vorgängerin im Amt, Rita Süsmuth, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Michael Glos, Bundesfinanzminister a.D. Theo Waigel, der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger, Generalsekretärin Angela Merkel und viele andere mehr. Die Laudatio hielt Gerhard Stoltenberg.

Als Repräsentanten eines ganzen Fernsehzeitalters waren Ernst Dieter Lueg, Friedrich Novotny und Reinhard Appel eingeladen, deren Art zu fragen bei vielen Gästen noch in genau so guter Erinnerung ist wie die „geschliffene“ Art, mit der der Geehrte gewöhnlich antwortete.

Wolfgang Schäuble:

„Sie haben geführt“

„Wir feiern einen herausragenden Politiker der Bundesrepublik Deutschland“, sagte Wolfgang Schäuble in seiner Begrüßung und erinnert daran, daß auch Rainer Barzel einmal wie er selber im letzten Jahr nach einer schmerzlichen Wahlniederlage den Parteivorsitz übernommen und die Partei zusammengehalten habe.

„Sie haben geführt“, bestätigt ihm der Parteivorsitzende, „und vor allem ist es Ihnen gelungen, die Politik der damaligen Regierung zu beeinflussen.“

„Einen über die Parteigrenzen hinweg hoch angesehenen Politiker“ nennt Wolfgang Thierse den 75jährigen. Auch er würdigt Barzels Einsatz für die deutsche Einheit und gibt aus der Amtszeit des Bundestagspräsidenten Barzel eine Anekdote zum besten, die dessen Schlagfertigkeit veranschaulicht:

„In diesem Haus wird eigentlich im Sitzen gearbeitet“, habe Barzel eine Gruppe der neu im Bundestag vertretenen Grünen belehrt, die auch nach Eröffnung der Sitzung stehen blieben, und mit dem Hinweis auf den ersten Redner eingeräumt: „Wenn Sie allerdings dem Abgeordneten Dr. Helmut Kohl damit Ihre Reverenz erweisen wollen, dann hab' ich nichts dagegen.“

Klarheit der Gedanken und Klarheit der Sprache – das zeichnet Rainer Barzel nach dem Urteil vieler aus. Den „besten Debatte- redner, den der Deutsche Bundestag je gesehen hat“ nennt ihn Michael Glos in seinem Grußwort für die CSU und zitiert die „Welt“: „Ein Herr und ein Patriot, auf dessen Wort man sich immer hat verlassen können.“

Ein junger Mann, der aus dem Krieg kommt

Im Rückblick auf die politische Lebensleistung Rainer Barzels zeichnet Gerhard Stoltenberg das Bild eines jungen Mannes, der aus dem Krieg kommt und kritische Distanz zum NS-Regime mit seinem Dienst bei der Wehrmacht vereinbaren muß.

Er zeichnet das Bild der Adenauer-Regierung und hält gegen die verbreitete Meinung, die frühen Jahre der Republik seien eine Ära der Restauration gewesen, vier zukunftsweisende Reformen:

- Grundgesetz,
- Soziale Marktwirtschaft,
- Europäische Einigungspolitik und
- den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Atlantischen Allianz.

Er nennt Namen wie Hans Katzer, Heinrich Windelen, Albert Leicht, Friedrich Zimmermann und beschreibt damit den in seinen Augen wichtigen parlamentarischen Jahrgang 1957, zu dem Rainer Barzel und auch er gehören.

Gerhard Stoltenberg: „Wir waren ein Team, das gut zusammenarbeitete und mit Rainer Barzel einen kompetenten, engagierten und anerkannten Teamführer hatte.“

„Die deutsche Frage bleibt auf der Tagesordnung!“ So lautete der Kernsatz des Ministers für gesamtdeutsche Fragen, Barzel. Insgesamt 34.000 Inhaftierte verdanken seinem unermüdlichen Einsatz ihre Freiheit, 200.000 Familien wurden unter seiner ministeriellen Verantwortung für Gesamtdeutschland zusammengeführt. Gängiges Schlagwort für diese Erfolge: „menschliche Erleichterungen“.

Als einer der beiden „Manager“ der die Große Koalition Kiesinger/Brandt tragenden Parlamentsfraktionen und als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei der politischen Auseinandersetzung um die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel warb Barzel für die Bereitschaft zu weitgehendem Entgegenkommen in vielen Fragen. Die Anerkennung einer Zweistaatlichkeit schloß er dagegen kategorisch aus.

Sein persönlicher Erfolg – so Stoltenberg – war es deshalb auch, daß Moskau den „Brief zur Deutschen Einheit“ akzeptierte,



Foto: Jürgen Eis

in dem ein Status Deutschlands festgeschrieben war, der nichts anderes besagte als: „Die Tür bleibt auf!“

Rainer Barzel: „Das alles schafft keiner alleine“

Rainer Barzel greift in seiner Dankesrede Mißerfolge auf, die ihm nicht erspart geblieben sind, und gibt sich als passionierter Schlittschuhläufer zu erkennen, der weiß: Man fällt zwar hin, steht aber immer wieder auf.

Er weist so viel Lob für das, was ihm zugeschrieben wird, zurück: „Das alles schafft keiner alleine.“ Das geht nur – so Barzel, der an dieser Stelle nur mit Mühe seiner Rührung Herr wird –, wenn man „gute Freunde und Kampfgenossen“ hat.

Gegen „jedwede Verzagtheit“ wünscht er seinen Gästen, der Union und allen Deutschen „guten Mut“ und die „kämpferische Wachsamkeit aufrechter Demokraten“. ■

Es darf keine Sonderopfer geben

CDU/CSU und Deutscher Beamtenbund trafen sich zu einem ausführlichen Meinungsaustausch in Bonn

Zu einem ausführlichen Meinungsaustausch sind am 16. Juni in Bonn die Spitzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und des Deutschen Beamtenbundes (DBB) unter Leitung der Vorsitzenden Wolfgang Schäuble und Erhard Geyer zusammengetroffen.

Es bestand Übereinstimmung, daß ein funktionsfähiger öffentlicher Dienst Voraussetzung für ein stabiles Gemeinwesen ist. Deshalb gingen alle Pläne fehl, die Grundlagen des Berufsbeamtentums in der Verfassung zu ändern oder abzuschaffen.

Beide Seiten waren sich einig, daß die leistungsfähige öffentliche Verwaltung in Deutschland ein unschätzbare Standortvorteil ist. In diesem Zusammenhang betonte der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Jürgen Rüttgers,

daß Deutschland über die beste Verwaltung, die es weltweit gibt, verfüge.

Gleichwohl müsse, um diese Leistungsfähigkeit zu erhalten, der Modernisierungsprozeß von Dienstrecht und Verwaltung fortgesetzt werden.

Mit Blick auf das angekündigte Sparpaket der Schröder-Regierung betonten CDU/CSU und DBB, daß nicht aus populistischen Gründen einer Neiddiskussion nachgegeben werden dürfe, vielmehr fair und gerecht die Besonderheiten des dem Allgemeinwohl verpflichteten öffentlichen Dienstes berücksichtigt werden müßten. Sonderopfer dürfe es nicht geben.

Es wurde vereinbart, den Dialog fortzusetzen und zu Einzelthemen in Arbeitsgruppen zusammenzukommen.

CDU stellt Präsidentschaftskandidaten

Der CDU-Bundestagsabgeordnete **Klaus Bühler**, Leiter der deutschen Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU), wurde in Paris von der gemeinsamen Fraktion der Christdemokraten und Konservativen einstimmig als Kandidat für die Präsidentschaft der WEU-Versammlung gewählt. Diese Kandidatur wird auch von den anderen politischen Fraktionen der WEU-Versammlung unterstützt. Der CDU-Abgeordnete Bühler hat somit die besten

Aussichten, während der nächsten Sitzung der WEU-Versammlung im kommenden Dezember zum Präsidenten gewählt zu werden.

Während der dreijährigen Amtszeit wird über die zukünftige Ausrichtung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik entschieden werden müssen. Der neue Präsident steht somit vor der großen Herausforderung, eine gemeinsame, europäische Sicherheitspolitik auf den Weg zu bringen.



● **CDU-Spritztiere**

Bestell-Nr.: **9559**

Verpackungseinheit: 30 Stück

Preis je 30 Stück: 29,25 DM

Bestellschrift

per Post:

IS-Versandzentrum

Postfach 1465

59306 Ennigerloh

Fax: 02524/91 13 10

E-Mail: cdu-shop@bertelsmann.de

Online: www.cdu.de/infonet

Webstore

Hinweis: Für den Zugang ins InfoNet benötigen Sie eine Zugangskennung. Info unter 0228/544-308

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand. Ab einem Warenwert von 50,- DM werden keine Versandkosten berechnet.

Eilzustellungen werden gesondert nach Aufwand in Rechnung gestellt



**Komm mit,
Politik braucht Frauen!**

**Informationen und Tips für
Einsteigerinnen in die Politik**

● **Politik braucht Frauen**

Hallo, interessieren Sie sich für Politik?

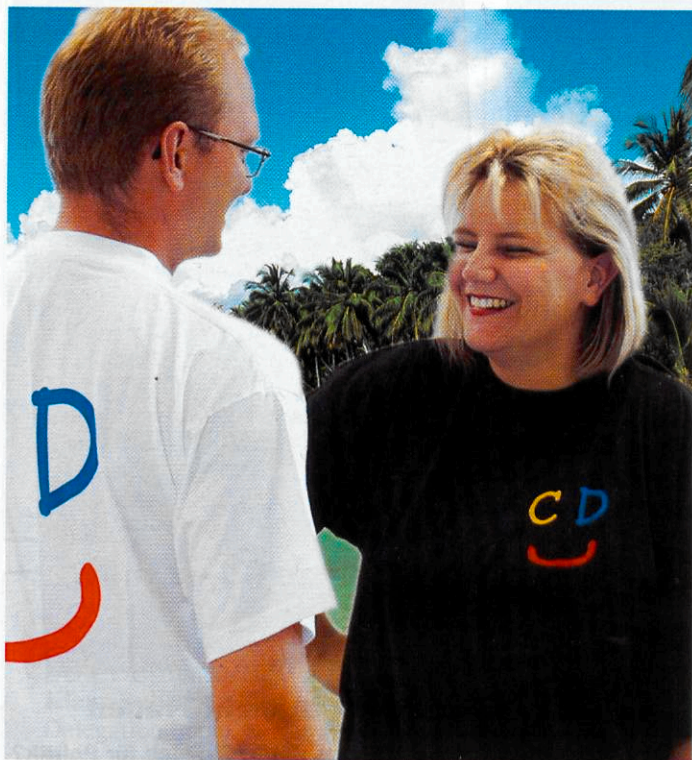
Das neue Faltpapier der Frauen-Union gibt hilfreiche Informationen für Einsteigerinnen in das politische Geschehen. Es zeigt auf, an welchen Stellen bereits auf kommunaler Ebene die Politik beginnt und welche Möglichkeiten der Mitwirkung für den einzelnen bestehen.

Bestell-Nr.: **2612**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 23,50 DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



● **CDU-T-Shirt
„Smilie“**

schwarz und weiß

Nr. 9443 Nr. 9481
Größe S Größe S

Nr. 9444 Nr. 9482
Größe M Größe M

Nr. 9445 Nr. 9483
Größe L Größe L

Nr. 9446 Nr. 9484
Größe XL Größe XL

Nr. 9447 Nr. 9485
Größe XXL Größe XXL

1 Exemplar: 12,00 DM

U*i*D

20/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.